

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 3. Mai 1988

Blatt 821

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Vorstand der Orthopädie im Pflegeheim Lainz (822/FS: 2.5.)
- Drei weitere verdorbene Olivenöle (823/FS: 2.5.)
- 70. Geburtstag von Prof. Holczabek (824)
- Die Wiener Rettung im März (825)
- Kürzung der Nahverkehrsmilliarde gefährdet Entwicklung der Städte (826)
- 4.000 neue Wohnungen — 3 Milliarden für die Stadterneuerung (828/829)
- Lehrerbeschäftigung an AHS (831)
- Gasgebühren in der Thaliastraße (nur FS/2.5.)
- Straßenbahnstörung am Lichtenwerder Platz (nur FS/2.5.)
- Gleisbauarbeiten in Hietzing (nur FS)

Kultur:

- „Klangtheater“ bei Wiener Festwochen (827)
- Weiterbestand des „Tschauener“ gesichert (830)
- Vortrag: „Das Selbstverständnis des Zionismus für den Staat Israel“ (nur FS)

Neuer Vorstand der Orthopädie im Pflegeheim Lainz

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag den neuen Vorstand der Orthopädischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz, Dr. Wolfgang WAGNER, in sein Amt ein. Dr. Wagner war vier Jahre lang an der Orthopädischen Universitäts-Klinik tätig und arbeitet seit 1975 bei der Stadt Wien. Seit 1977 war er Oberarzt an der Orthopädischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz.

Primarius Wagner tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Otto ERHART an, der seit 1971 ärztlicher Abteilungsvorstand der Orthopädischen Abteilung des Pflegeheimes Lainz war und nun in den Ruhestand getreten ist. Stadtrat Stacher betonte bei der Amtseinführung, daß das Pflegeheim Lainz praktisch ein Geriatrisches Krankenhaus ist. Das Pflegeheim Lainz hat heute zwei Aufgaben. Einerseits muß den schwerkranken Patienten das Leben erträglich und schmerzfrei gemacht werden, andererseits sollen die Patienten nach Möglichkeit wieder so hergestellt werden, daß sie nach Hause gehen können. Soziale Dienste, wie mobile Nachsorge oder Wohngemeinschaften, erleichtern dann die Rückkehr in die gewohnte Umgebung.

Die Orthopädie im Pflegeheim ist besonders wichtig, weil alte Menschen natürlich häufiger an Störungen des Bewegungsapparates leiden. Auch das Pflegeheim ist, betonte der Gesundheitsstadtrat, ein lebender Betrieb, wie das Krankenhaus. Es muß sich ständig neuen Gegebenheiten und Anforderungen anpassen. Es ist daher heute in sehr vielen Fällen nicht mehr Endstation, sondern nur eine Station auf dem Weg zur Rehabilitation und zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft. (Schluß) sc/gg

Bereits am 2. Mai 1988
Über Fernschreiber ausgesendet

Drei weitere verdorbene Öllivenöle

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Bei drei weiteren in Wien erhältlichen Olivenölsorten wurden nun bei Proben, die das Marktamt der Stadt Wien gezogen und der Bundes-Lebensmitteluntersuchungsanstalt zur Überprüfung geschickt hatte, TRI- bzw. PER-Konzentrationen festgestellt, mit denen diese Öle als verdorben gelten. Es handelt sich um folgende Fabrikate:

- Scarletti Olivenöl kaltgepreßt, 0,75-Liter-Flasche, Ablaufdatum 1/89, Charge F 4, mit 0,36 Milligramm TRI
- Bertolli 100 Prozent Olivenöl aus erster Pressung, 0,5-Liter-Flasche, Ablaufdatum 1/89, Charge S 177, mit 0,35 Milligramm PER
- Plagniol grünes Olivenöl, 1. Kaltpressung, 0,5-Liter-Flasche, Abfülldatum Mai 86, Ablaufdatum Mai 1991, 0,84 Milligramm PER, 0,15 Milligramm TRI.

Es wurden die Importeure, darunter zwei in Innsbruck bzw. Salzburg, und die Firmen, die die Öle führen, verständigt. Die betroffenen Sorten werden beschlagnahmt und aus dem Verkehr gezogen. Das Marktamt kontrolliert natürlich weiter. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 2. Mai 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

70. Geburtstag von Prof. Holczabek

Wien, 3.5. (RK-LOKAL) Der Gerichtsmediziner Wilhelm Holczabek wurde am 8. Mai 1918 in Wien geboren. Nach dem Gymnasium begann er an der Universität Wien ein Medizinstudium, das 1939 durch den Wehrdienst kurz unterbrochen wurde. 1942 promovierte er. Holczabek wandte sich in der Folge ganz der Gerichtsmedizin zu. 1953 habilitierte er sich, 1965 wurde er a.o. Professor, und seit 1973 ist Holczabek als Nachfolger von Ludwig Breitenecker ordentlicher Professor und Vorstand des Instituts für Gerichtliche Medizin an der Universität Wien.

Holczabek genießt auch international einen sehr guten Ruf. So wurde er 1982 zum Präsidenten der Internationalen Akademie für Gerichtliche Medizin gewählt. Von 1981 bis 1984 war Holczabek Dekan der Medizinischen Fakultät. Seit 1985 ist Univ.-Prof. Dr. Holczabek Rektor der Universität Wien. (Schluß) red/gg

Die Wiener Rettung im März

7.204 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) 7.204 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungsdienst, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat März zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 50.741 Kilometer zurück. Von den 7.159 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.370 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im März bei 4.388 akut Erkrankten; bei 167 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 591 Fällen sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.488 verletzte Personen betreut, davon 535 nach Verkehrsunfällen, 358 nach Betriebsunfällen und 62 nach Sportunfällen. 151 Personen waren schwer, 2.335 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 13 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 179 Fällen Vergiftungen und in 67 Fällen Psychosen. Bei 34 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Die Rettung intervenierte bei 207 Rauschgift- und Drogenkranken, 580 Patienten standen unter Alkoholeinfluß, 51 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 222 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 67 Fällen Herzinfarkt, in 11 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst hatte im März 5.773 Ausfahrten und beförderte 5.746 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 81.257 Kilometer zurück. (Schluß) sc/rr

Kürzung der Nahverkehrsmilliarde gefährdet Entwicklung der Städte

Neue Gemeinde-Zeitung erschienen

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Die Kürzung der „Nahverkehrsmilliarde“ ist eines der zentralen Themen der kürzlich erschienenen neuen Ausgabe der „Österreichischen Gemeinde-Zeitung“, des Organs des Österreichischen Städtebundes. Die Investitionen der Städte in den öffentlichen Nahverkehr sind im letzten Jahrzehnt gewaltig angestiegen, nämlich um mehr als die Hälfte. 1987 wurde bereits die Milliardengrenze überschritten. Mit der Kürzung der Nahverkehrsmilliarde wird nun eine Reihe zum Teil schon begonnener Projekte gefährdet. Ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr ist aber eine der Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Städte, für die Erhaltung und Verbesserungen ihrer Lebensqualität. Dipl.-Ing. Ernst LUNG vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum (KDZ) bietet in der neuen Ausgabe der „Gemeinde-Zeitung“ einen ausführlichen Überblick über die Leistungen der Städte für den öffentlichen Nahverkehr und dessen Bedeutung für die Umwelt.

In einem weiteren Beitrag befaßt sich der Leiter des KDZ, Dkfm. Dr. Helfried BAUER, mit dem Problemkreis „Bürgernahe Verwaltung und Marketing“. Er kommt zu dem Schluß, daß durch die Übernahme von Marketing-Konzeptionen die kommunalen Verwaltungen besser auf die Bedürfnisse und Anliegen der Bürger eingehen können.

An Hand der Stadt Innsbruck zeigt deren stellvertretender Baudirektor und Leiter des Stadtplanungsamtes Dipl.-Ing. Dr. Arnold KLOTZ die Probleme und Lösungsansätze einer dynamischen Stadtentwicklung auf.

Die „Österreichische Gemeinde-Zeitung“ ist beim Verlag „Jugend & Volk“, 1153 Wien, Anschützgasse 1, Tel. 87 25 15/90-94 DW, erhältlich. (Schluß)
roh/gg

„Klangtheater“ bei Wiener Festwochen

Wien, 3.5. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Klangtheater“ bringen die diesjährigen Wiener Festwochen eine „Reise in neue Bereiche des Hörens und Schauens“. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK stellte am Montag gemeinsam mit den beteiligten Künstlern die Festwochen-Eigenproduktion vor, die vom 12. bis 15. Mai in der Halle G des Messepalastes zur Aufführung kommt.

„Klangtheater“, so Pasterk, sei als Beitrag der Festwochen zur Suche nach neuen Formen künstlerischer Ausdrucksmöglichkeit zu sehen.

Die Gesamtkonzeption und die Musik des Werkes stammen vom Komponisten Thomas PERNES, wobei der Text „Das Herzerreissende der Dinge“ von Friederike MAYRÖCKER Bezugspunkte herstellt. Tone FINK schuf die Bühnenskulpturen, die Inszenierung stammt von Ellen HAMMER. Dichtung, Musik und Skulptur sollen ineinandergreifen, ohne in konventionellem Sinn aufeinander abgestimmt zu sein. (Schluß) gab/rr

4.000 neue Wohnungen - 3 Milliarden für die Stadterneuerung

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Mit Jahresbeginn 1988 wurde die Wohnbauförderung in die Kompetenz der Bundesländer („Verlängerung der Wohnbauförderung“) übergeleitet. Nun hat auch Wien die Möglichkeit, mit einer Neuordnung der Wohnbauförderung in Form eines eigenen Landes-Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes auf die regionalen Bedürfnisse besser eingehen zu können, erklärte Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Dienstag im Pressegespräch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK.

Ab 1989 stehen dem Land Wien voraussichtlich 5 Milliarden Schilling zur Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnhaussanierung zur Verfügung. Die Arten der Förderung sollen erweitert (Landesdarlehen, Baukostenzuschüsse, Annuitäten- oder Zinszuschüsse, nicht rückzahlbare Zuschüsse und Beiträge, Übernahme von Bürgschaften, Eigenmittelerstattungsdarlehen, Wohnbeihilfe) und ihr Ausmaß durch Verordnung festgesetzt werden.

Für den Bereich Wohnbau und Stadterneuerung verlangen die politischen Zielsetzungen des Arbeitsprogrammes 1988-1993 die Förderung von mindestens 4.000 Neubauwohnungen und ein Investitionsvolumen von jährlich rund 3 Milliarden Schilling in der Stadterneuerung. Diese Förderungsvolumina sind gesichert, machen aber einige Änderungen der Förderung notwendig, erklärte Edlinger.

Im Neubaubereich wird künftig die Errichtung von jährlich etwa 4.000 Wohnungen gefördert (2.500 Mietwohnungen einschließlich Gemeindefamilienwohnungen und Wohnheime, 500 Eigentumswohnungen, 300 Eigenheime und 700 Mietwohnungen nach Sondermodellen). Die Ausstattungsrichtlinien sollen vereinfacht und dem Standard der Bauordnung angeglichen werden. Infrastrukturmaßnahmen sollen in die Förderung miteinbezogen werden können. Für die Hälfte der geförderten Wohnungen ist es notwendig, daß die Stadt Wien bei der Erstzuweisung ein Vorschlagsrecht erhält, um bei der Wohnungssuche rascher und besser helfen zu können.

Mehr Qualität in der Stadterneuerung

Im Wohnhaussanierungsbereich soll ein jährliches Bauvolumen von 3 Milliarden Schilling sichergestellt werden, wobei stärker als bisher die Qualität der Sanierungsmaßnahmen für die Förderungszusicherung entscheidend sein wird. Das Prinzip der Annuitätensubvention soll weiterhin dominieren. Die Begriffe der Sockel-, Total- und Blocksanierung werden im Gesetz grundgelegt. Totalsanierungen und Dachgeschoßausbauten sollen künftig wie Neubauprojekte gefördert werden.

Im Bereich der Einzelwohnungsverbesserung wurden bereits jetzt die Förderungsrichtlinien geändert. Künftig werden nur mehr Neueinbauten (bisher auch Umbaumaßnahmen) gefördert, und die Baukosten mit 120.000 Schilling begrenzt. Ausgenommen davon sind Substandardwohnungen und Wohnungszusammenlegungen. Für „Wohnungen“ unter 22 Quadratmeter wird keine Förderung mehr gewährt, da diese zeitgemäßem Wohnen nicht mehr entsprechen. Ein Eigenmittelanteil von 5 Prozent ist vorgesehen. Deutlich verbessert werden die Bedingungen für die Errichtung von Maßnahmen für Behinderte.

Mißbräuche bei Wohnbeihilfe werden ausgeschaltet

Im Bereich der Subjektförderung soll künftig das „wirtschaftliche“ Einkommen gemäß Einkommenssteuergesetz 1972, also der Gesamtbetrag aller Nettoeinkünfte (ausgenommen Familienbeihilfen, Hilflosenzuschüsse, Blindenbeihilfen, Pflegegelder, Opfer- und Hinterbliebenenrenten) zur

Berechnungsgrundlage der Wohnbeihilfe werden, um mißbräuchliche Verwendung auszuschalten. Das Eigenmittelersatzdarlehen soll künftig eine besondere Subjektförderung für einkommensschwächere und kinderreiche Wohnungsmieter sein. Bei Eigenheimen sollen weder Wohnbeihilfe noch Eigenmittelersatzdarlehen, bei Eigentumswohnungen nur mehr Wohnbeihilfe bis zu einer festzusetzenden Höchstgrenze der Wohnungsaufwandsbelastung gewährt werden. Im Wohnhaussanierungsbereich soll es künftig auch für Ausländer Wohnbeihilfe geben können.

Ab 1989 wird es im Rahmen der Wohnbauförderung Sondermodelle für Mietwohnungen geben. Sie basieren auf dem Prinzip der Verbindung von Beiträgen aus der Wohnbauförderung mit privatem Kapital, wobei eine angemessene, wohnwertorientierte Mietzinsbildung zwingend vorgeschrieben werden soll.

Wohnungspolitik eine Grundfrage der Kommunalpolitik

Für die Zukunft der Stadt wird entscheidend sein, den Wohnungsneubau, insbesondere aber die Stadterneuerung als eine umfassende Aufgabe der Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität bei allen politischen und administrativen Entscheidungsprozessen stärker zu berücksichtigen, betonte Edlinger. Es gilt, in Wien auch längerfristig gewachsene und wertvolle Lebensräume und die im Vergleich zu vielen anderen Großstädten relativ gesunde soziale Struktur zu bewahren, sowie den Verfall von Teilen der Stadt und die Bildung von Ghettos für bestimmte soziale Gruppen zu vermeiden. Die Art und Weise, wie durch Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik die Lebensgrundlage „Wohnung“ gestaltet und gesichert wird, ist eine Grundfrage der Kommunalpolitik. Nicht zuletzt haben der Wohnbau und die Stadterneuerung beachtliche wirtschaftliche Bedeutung.

Der Sicherung der Grundlagen dieser Politik in Form einer sozial orientierten Wohnbauförderung kommt dabei größte Bedeutung zu. Mit der nun erfolgten Errichtung eines eigenen Dezernats für Stadterneuerung in der Stadtbaudirektion wurde ein weiterer Schritt in diese Richtung gesetzt. Dieses Dezernat soll die Maßnahmen im Bereich der Stadterneuerung besser koordinieren, effizienter und noch qualitätsvoller machen.

Unabdingbar für die Demokratisierung unseres Lebens wird schließlich eine Erweiterung der Mitbestimmung im Wohnbereich sein, wobei eine Verankerung der Mietermitbestimmung im Mietrechtsgesetz derzeit vorrangig angestrebt wird, meinte Edlinger. Noch vor dem Sommer sollen für den Bereich des kommunalen Wiener Wohnungsbestandes ein Mietermitbestimmungsstatut durch den Wiener Gemeinderat beschlossen und weitere Initiativen für eine entsprechende bundesgesetzliche Regelung gesetzt werden. (Forts. mgl.) ah/gg

Forts. von Blatt 828

Welterbestand des „Tschauner“ gesichert

Wien, 3.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Weiterbestand der traditionsreichen Stegreifbühne „Tschauner“ in der Ottakringer Maroltingergasse ist gesichert. Im Pressegespräch des Bürgermeisters stellte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Dienstag eine Lösung vor, die die notwendige Erneuerung der Bühne unter Beibehaltung des ursprünglichen Ambientes vorsieht. Pasterk bezeichnete diesen Plan als „vernünftigen ökonomisch gangbaren Weg“, entsprechend dem Charakter und dem Charme des „Tschauner“. Zur Deckung der Kosten von vier bis fünf Millionen Schilling seien Verhandlungen mit Sponsoren, vor allem mit der Städtischen Versicherung, im Gange. Weiters werde die Stadt Wien auf mehrere Jahre eine Ausfallshaftung übernehmen. Planungen, die einen Ausbau des „Tschauner“ weit über seine ursprünglichen Ausmaße hinaus vorsehen, seien finanziell nicht verwirklichtbar und — im Interesse des Charakters dieser Institution — auch nicht zu wünschen.

Der derzeitige Bauzustand des „Tschauner“ erlaubt keine Bespielung. Die sanitären Zustände sind unzulänglich bis katastrophal, das Fundament des gesamten Bühnenhauses ist durch Rattengänge derartig unterminiert, daß ein Einsturz des gesamten Bühnenhauses möglich erscheint. Die Baupolizei hat unter anderem wegen dieser Gefährdung die provisorische Spielgenehmigung verweigert. Diesem Zustand entsprechend erscheint eine Sanierung des bestehenden Objektes nicht mehr vertretbar. Es muß also das komplette Bühnenhaus weggerissen werden, und eine neue Fundamentierung durchgeführt werden. Das Bühnenhaus soll dem ursprünglichen Ambiente und der Aufgabe eines Stegreiftheaters gemäß wiedererrichtet werden. Für diesen Neubau inklusive einer Garderobengestaltung, Elektrifizierung und sanitären Ausgestaltung sind rund vier bis fünf Millionen Schilling erforderlich, die dem Wiener Volksbildungswerk auf dem Weg einer mehrjährigen Ausfallshaftung des Kulturamtes der Stadt Wien und über Sponsorgelder zur Verfügung gestellt werden sollen. Neben dem Stegreiftheater soll die zukünftige „Tschauner“-Bühne auch für andere Aktivitäten der Basis- und Volkskultur herangezogen werden. Sollte das Volksbildungswerk mit der angebotenen Lösung nicht einverstanden sein, werde man einen anderen Betreiber suchen, sagte Stadträtin Dr. Pasterk. Die Bauarbeiten sollen im Verlauf dieses Sommers abgeschlossen werden. (Schluß) gab/bs

Lehrerbeschäftigung an AHS

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) „Im Bereich des Stadtschulrates für Wien werden für das Schuljahr 1988/89 um 35 AHS-Klassen weniger geführt werden können“, erklärte der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Dieses Minus von 35 Klassen bedeutet, daß rund 100 Lehrerdienstposten nicht neu besetzt werden können. Aufgrund der bereits vorliegenden provisorischen Lehrfächerverteilungen ist anzunehmen, daß auch aus anderen Titeln kein zusätzlicher Bedarf gegeben sein wird. Diese sehr unerfreuliche Situation, daß auf der einen Seite keine Dienstposten vorhanden sind und auf der anderen Seite großes Interesse von beschäftigungslosen Lehrern besteht, ist ein fruchtbarer Boden für Gerüchte über angebliche parteipolitische und persönliche Protektionsfälle. Der Stadtschulrat stellt mit aller gebotener Deutlichkeit fest, daß es verbindliche Anstellungskriterien gibt (abgeschlossenes Studium, abgeschlossenes Probejahr, abgeleiteter Grundwehrdienst oder Zivildienst, österr. Staatsbürgerschaft). Alle Bewerber, die diese Anstellungserfordernisse erfüllen, werden auf eine Bewerberliste gesetzt. Sollte sich während des Schuljahres die Möglichkeit eröffnen, einen zusätzlichen Lehrer beschäftigen zu können, so werden aufgrund der Fächerkombination, der Länge der Wartezeit und von sozialen Kriterien Bewerber aufgenommen. Allerdings müssen Lehrer, die bereits einen Vertrag hatten, aber an ihrer Schule nicht mehr beschäftigt werden können, bevorzugt gereiht werden.

Es besteht die Hoffnung, daß sich durch die Einführung der Oberstufenreform mit ihrem Wahlpflichtfächersystem und die derzeit in Aussicht gestellte Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl auf 30 Schüler ab dem Schuljahr 1989/90 eine leichte Entspannung im Lehrerbeschäftigungssektor ergeben könnte. Auch durch die angekündigten neuen Modelle ganztägiger Schulformen dürfe es zu keiner Reduktion von Lehrerdienstposten kommen.

Als Sofortmaßnahme plant der Stadtschulrat für Wien, eine Servicestelle einzurichten, die arbeitslosen Lehrern eine zwischenzeitliche Beschäftigung vermittelt, schloß Prof. Hans Matzenauer. (Schluß) wstr/gg